

Offener Brief an die Verantwortlichen für die Weser in Niedersachsen, Bremen und dem Bund vom 5.5.2026 - Hintergründe mit Quellen und Ausführungen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Olaf Lies,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Andreas Bovenschulte,

sehr geehrte Fraktionsvorsitzende der Landesparlamente in Bremen und Niedersachsen,

sehr geehrte Fraktionsvorsitzende des Bundestages,

sehr geehrter Herr Ulrich Günther (WSA Weser-Jade-Nordsee),

sehr geehrter Herr Christoph Ploß (Koordinator der Bundesregierung für Maritime Wirtschaft),

aufgrund aktueller Meldungen möchte unser Aktionsbündnis gegen die Weservertiefung einige Klarstellungen vornehmen und Ihnen an dieser Stelle die Hintergründe darlegen.

>> Uns geht es nicht um die Niedlichkeit von Fischen oder Vögeln in oder an der Weser, sondern die zukünftige Existenz der Wesermarsch, Bremens und der umliegenden Gebiete an der Unterweser. <<

Der Klimawandel stellt die Region vor massive Herausforderungen. Im neueröffneten (5.1.2026) **Klimarisikoindex** des Instituts der Deutschen Wirtschaft und Ergo Versicherungen ist die **Wesermarsch nach der Stadt Wilhelmshaven der am zweitmeisten durch den Klimawandel gefährdete Landkreis in Deutschland, dicht gefolgt von Bremerhaven, Bremen und dem Landkreis Cuxhaven**. Durch Meeresspiegelanstieg und zunehmende Starkregenereignisse werden Hochwasserlagen immer häufiger erwartet. Bei Unwettern mit Nordwestwind und Kettensturmfluten ist die Binnenlandentwässerung über die Unterweser und ihre Nebenflüsse erschwert bis unmöglich. Frühere "Jahrhundertereignisse" werden mittlerweile im Zeitraum von 5-20 Jahren erwartet.

(siehe: <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/johannes-ewald-hanno-kempermann-welche-regionen-besonders-vom-klimawandel-bedroht-sind.html>

und <https://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/ranking-zu-klimagefahren-bremerhaven-am-staerksten-gefaehrdet-doc84bxmarge3r1g5yj35de>

und <https://www.umwelt.niedersachsen.de/download/223778>)

Wie um diese Gefährdung zu unterstreichen, war in Brake ebenfalls Anfang Januar 2026 eine Weserdeich-Böschung auf einem Privatgrundstück abgerutscht. Deichband, Feuerwehr und Küstenwehr mussten die Stelle akut sichern - weitere Baumaßnahmen muss der Grundeigner tragen.

(siehe: https://www.nwzonline.de/wesermarsch/uferabbruch-in-brake-sandsack-aktion-sichert-deich_a_4,2,3367694845.html)

Folgerichtig kündigt ein Rundbrief des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz am 20.2.2026 **verstärkte Investitionen in den Küsten- wie Binnenhochwasserschutz** an. Schon seit Jahren ist bekannt, dass die Vielzahl unserer überalterten, maroden, unterdimensionierten und fischfeindlichen Schöpfwerke an der Küste dringend eine Erneuerung benötigt. Offenbar sieht das

Land Niedersachsen diesen Bedarf und stellt nun Mittel dafür zur Verfügung, was wir begrüßen. Umweltminister Meyer führt dazu aus: **"Beim Hochwasserschutz und Gewässerrenaturierung dürfen wir nicht sparen: Der Schutz von Menschen und Umwelt hat höchste Priorität."**

(siehe: <https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/pressemitteilungen/meyer-niedersachsen-kann-zukunft-und-investiert-zusätzliche-rekordsummen-in-hochwasserschutz-und-die-modernisierung-der-schopferwerke-248858.html>)

Sozusagen im selben Atemzug war in der Kreiszeitung Wesermarsch zu lesen (20.2.2026), dass das niedersächsische Wirtschaftsministerium am 14.1. dem Bremer Hafenressort ein Schreiben mit einem **'klaren Bekenntnis zu den Ausbauzielen der Außenweser und der Unterweser Nord'** zukommen ließ. Außerdem spricht das Wasser- und Schifffahrtsamt von **'Partikularinteressen'**, die die Weservertiefungsplanung verzögern würden.

(siehe: <https://www.kreiszeitung-wesermarsch.de/region/maersk-winkt-mit-milliarden-aber-die-aussenweservertiefung-stottert-354036.html>)

Wir wollen an dieser Stelle ein für allemal und unmissverständlich klarstellen, dass die Existenz der Wesermarsch wie auch der umliegenden Kreise und des Landes Bremens kein "Partikularinteresse" ist! Es ist Pflichtaufgabe des Bundes wie auch der Länder Niedersachsen und Bremen, seine Landesfläche und seine Einwohnerinnen und Einwohner zu schützen. Das Gegenteil wäre ein Partikularinteresse, nämlich eine Weservertiefung für das vermeintliche Wohl zweier Häfen zum Schaden aller Anlieger. **Den Hochwasserschutz verstärken zu müssen und gleichzeitig die Sturmfluten der Weser durch weitere Vertiefungen ins Landesinnere einzuladen widerspricht sich massiv.**

2

Der Tidenhub in Bremen ist in den letzten 150 Jahren von unter 50 cm auf etwa 4 m angestiegen. Sturmfluten dringen schneller ins Landesinnere und laufen höher auf. Über die Hunte ist die Stadt Oldenburg gefährdet, über Lesum, Hamme und Wümme der Kreis Osterholz-Scharmbeck, über die Ochtum die Orte westlich Bremens. Die in den 1970er Jahren errichteten Sperrwerke stehen in Wechselwirkung mit der Unterweser und können nur die Wassermengen aufhalten, die anderweitig abfließen können. Die großen Überschwemmungen im Gebiet um Lilienthal nach den Weihnachtstagen 2023 haben die Hochwassergefahren deutlich aufgezeigt. Kartenwerke stellen die Gefahren dar.

(siehe: https://www.umweltkarten-niedersachsen.de/umweltkarten/?topic=Hochwasserschutz&lang=de&bgLayer=TopographieGrau&zoom=5&layers=UeberschwemmungsgebieteVerordnungsflaeachenNiedersachsen,UeberschwemmungsgebieteVerordnungsflaeachenBremen&layers_opacity=0.4,0.45&E=484042.26&N=5899647.17 und <https://flood.firetree.net/>)

An der Hunte ist der starke Flutstrom mittlerweile nicht nur für den Wassersport, sondern auch für die Binnenschifffahrt gefährlich geworden. Neben einem Mehrverbrauch an Zeit und Kraftstoff melden Binnenschiffe uns zunehmend riskante Situationen und mangelnde Befahrbarkeit. Ein Zusammenhang mit den beiden Kollisionen mit der Elsfl ether Huntebrücke 2024 liegt nahe, deren Neubau Bund und Land Niedersachsen noch auf Jahre hin beschäftigen wird.

(siehe: https://www.nwzonline.de/wesermarsch/huntebrueck-wirtschaft-binnenschiffer-kritisiert-weservertiefung_a_51,4,1454089215.html)

Die Existenzsorgen sind real, das Unterwesergebiet ist hoch gefährdet, sein Erhalt für die Zukunft benötigt schon jetzt enorme Investitionen. Nicht nur der Klimarisikoindex, einschlägige Kartenwerke oder häufigere Überflutungsgefahren weisen darauf hin. Bei einer Veranstaltung im Oktober 2025 ging der Bremer Hafenchef Robert Howe fest von der Notwendigkeit eines Wesersperrwerks bis 2050 aus. Denn 'mit der bisherigen Strategie, die Deichhöhe anzupassen, komme man nicht mehr weiter. Es würde enorm teuer (...) Außerdem bezweifelte Howe, dass der Deich bei einer weiteren Erhöhung überhaupt noch standsicher sei.'

(siehe: <https://www.kreiszeitung-wesermarsch.de/region/meeresspiegelanstieg-wesersperrwerk-als-loesung-fuer-bremerhaven-328321.html>)

Im Zuge dessen halten wir gerade im Zusammenhang mit der Weservertiefung das von der derzeitigen Bundesregierung geplante **Infrastrukturzukunftsgesetz** für fatal. **Großprojekten wie der Weservertiefung soll generell Vorrang vor dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und vor allen anderen Wirtschaftsbereichen gewährt werden. Was ermöglicht unser Leben hier an der Küste wenn nicht der Schutz unserer Lebensgrundlagen und unserer Existenz?** Küstenschutz bei gleichzeitiger Durchsetzung aller Wunschprojekte tatsächlich partikularer Interessenvertretungen ist aus unserer Sicht nicht möglich. Gleichzeitig wissen wir von etlichen Planungsprozessen in unserer Gegend, die nicht durch Naturschutzbelange, sondern durch ganz andere Bedingungen jahrelang verschoben zu werden drohten, vom Deichbau in Wapelersiel (Personalmangel, Klimadeichzuschlag) bis zur Erneuerung der Huntebrücke (angekündigte Klagen unterlegener Bieter). Bund und Länder sind dem abgewogenen Allgemeinwohl, gültigen Verfahrensregeln und dem Naturschutz verpflichtet. Die Wasserrahmenrichtlinie, die Natura 2000-Bestimmungen, die Aarhus-Konvention wie auch der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen sind verbindlich! **Wir bitten Sie deshalb im Namen der gefährdeten Bevölkerung in der Weserregion, dem derzeit vorliegenden Entwurf zum Infrastrukturzukunftsgesetz nicht zuzustimmen und sich stattdessen für eine EU-Rechts- und grundgesetzkonforme Vereinfachung von Planungsverfahren unter Berücksichtigung unserer Beteiligungs- und Klagerechte und des Existenzrechts unserer Region einzusetzen.**

(siehe: <https://www.dnr.de/publikationen/gemeinsame-stellungnahme-zum-referentenentwurf-des-bundesministeriums-fuer-verkehr> und <https://www.bverwg.de/de/110816U7A1.15.0>)

Die Wesermarsch leidet seit Jahrzehnten unter den massiven Folgen der Weservertiefungen. Neben steigenden Hochwassergefahren haben wir die **untragbare Situation der Zuwässerung immer salzhaltigeren Weserwassers in die Binnenlandgräben**, die nicht nur wie die Weser der Wasserrahmenrichtlinie für gute Gewässerqualität unterliegen, sondern auch unserer Weidewirtschaft als Viehtränke dienen. Der schon Anfang der 2010er Jahre erarbeitete **Generalplan Wesermarsch für eine neue Zuwässerungslösung** ist in seiner Kostenschätzung von 60-100 Mio € (2019) längst überholt. Außerdem ist er aufgrund der gestiegenen Salzgehalte am Braker und Käseburger Siel als alleinige Maßnahme nicht mehr ausreichend, insbesondere in den durch Klimawandel zunehmend trockenen Sommern mit wenig Wasser aus dem Oberlauf der Weser. **Trotz etlicher anderslautender Zusagen seit spätestens 2013 ist bisher noch keine einzige Maßnahme beschlossen, geschweige denn umgesetzt.**

Daneben betrifft die **zunehmende Verschlickung alle Häfen und Anleger an Unterweser und Nebenflüssen, von der Nordenhamer Industrie über den Fedderwarder Priel bis hin zu den Stränden und Sportboothäfen**. Ein "Sedimentmanagement", wie von Herrn Lies im Interview in der Kreiszeitung

(7.2.2026) angesprochen, ist nicht in Sicht. Der Yachthafen Fedderwardsiel kann jetzt schon kaum mehr betrieben werden. Aktuell hat das Land Niedersachsen den Häfen sogar die Förderrichtlinie für Baggerarbeiten aufgekündigt. Für die Betriebe, Häfen und Vereine gibt es weder Möglichkeiten zur Bergung noch zur realistischen Verwendung des Schlicks. Ein 'Dialog', ein 'fairer Verfahren', Punkte 'lösen' zu wollen ist menschlich lobenswert. **Angesichts der bisher schon eingetretenen Schäden ist eine Verträglichkeit weiterer Vertiefungen allerdings auch beim bestem Willen unrealistisch.**

(siehe: <https://www.kreiszeitung-wesermarsch.de/wesermarsch/was-olaf-lies-zur-weservertiefung-und-der-zukunft-der-wesermarsch-kliniken-sagt-350927.html>

und <https://www.kreiszeitung-wesermarsch.de/wesermarsch/zukunft-vieler-kleiner-haefen-steht-auf-dem-spiel-357799.html>)

Weder die Kosten einer neuen Zuwässerungslösung ins Binnenland noch die Kosten für Schlickbeseitigung und verstärkten Küstenschutz und erst recht nicht der unwiederbringliche Verlust an Lebensqualität sind in der Kostenkalkulation der Weservertiefung im Bundesverkehrswegeplan enthalten. Klartext: Nicht ein einziger Euro ist dort für die schon seit Jahrzehnten untragbaren Schäden z.B. in der Wesermarsch vorgesehen. So erscheint das Projekt nur durch die seit langem veralteten BVWP-Vorgaben lohnenswert. Aber alle Wirtschaftsbereiche nehmen dadurch Schaden. Es gibt mit dem Braker Hafen nur einen einzigen potentiellen Nutznießer in Niedersachsen, der selbst für die Vertiefung nicht finanziell einstehen muss. Er hat für Stück- und Schüttgut, insbesondere Futtermittelimporte, in seiner Branche eine einmalige Stellung, die nicht von anderen Häfen ersetzt werden kann. Er arbeitet schon jetzt innovativ und kreativ und ist nicht auf weitere Weservertiefungen angewiesen. Somit kann nicht die Rede davon sein, die im obigen Artikel erwähnten 'wirtschaftliche Interessen zu befriedigen'.

4

(siehe: <https://bvwp-projekte.de/wasserstrasse/w45/w45.html>

und <https://bvwp-projekte.de/wasserstrasse/w46a/w46a.html>)

Landwirtschaft, Tourismus und Industrie an der Weser sind starke Wirtschaftsbereiche an der Unterweser, die massiv unter den Weservertiefungen leiden. Der Landkreis Wesermarsch möchte auch in Zukunft ein lebenswertes Gebiet für seine Bürgerinnen und Bürger sein. Dazu hat die Wirtschaftsförderung eine neue Kampagne gestartet, die auf die Attraktivität der Lebensqualität in unserer Region abzielt. Weitere Weservertiefungen würden diese mit öffentlichem Geld finanzierten Anstrengungen untergraben. **Die "vielen schönen Orte an der Nordsee", die "vielfältigen Freizeitmöglichkeiten" oder "malerischen Dorfgemeinschaften" werden in ihrer Existenz durch die Weservertiefungen aufs Spiel gesetzt!**

(siehe: <https://wesermarsch-echt-nordisch.de/>)

Aufgrund dieser lange bekannten Tatsachen hat der Landkreis Wesermarsch eine auf breiter Front begründete **einstimmige Kreistagsentscheidung am 10.10.2022 getroffen, weitere Weservertiefungen abzulehnen und eine faire Zuwässerungslösung dringlich einzufordern.** Trotz eines beabsichtigten Nutzens für den im Landkreis gelegenen Braker Hafen wird die Gesamtwirkung negativ beurteilt.

(siehe: https://kreistagsinformation.landkreis-wesermarsch.de/bi/si0057.asp?_ksinr=1075

und <https://www.nordsee-zeitung.de/region/weservertiefung-eine-region-sagt-nein-87307.html>

und <https://www.youtube.com/watch?v=nrr8av6c6Lc>)

Unser Aktionsbündnis gegen die Weservertiefung ist breit aufgestellt mit Einzelaktiven sowie Mitgliedern verschiedener Vereine, Organisationen und aller lokal aktiven demokratischen Parteien. Menschen aus Landwirtschaft, Freizeit- und Berufsfischerei, Schifffahrt, Sportbootvereinen, Tourismus und Wasserverbänden setzen sich mit uns für die Weser ein. Hintergrundkenntnisse zu den Weservertiefungen und ihren Folgeschäden sind in der Wesermarsch mittlerweile Allgemeingut, aus leider gegebenem Anlass. In zahlreichen Leserbriefen oder Zeitungsinterviews wird eine Position gegen weitere Weservertiefungen eingenommen zu einer breiten Themenpalette von historischen Sturmfluten bis zu Setzungsrisen an wesernahen Häusern. Die Zitierten sind uns oft persönlich nicht bekannt und nicht an unserem Aktionsbündnis beteiligt, greifen das Thema aber trotzdem von sich aus auf.

(siehe: <https://www.kreiszeitung-wesermarsch.de/wesermarsch/die-nacht-der-sturmflut-von-1962-zwei-nordenhamer-haben-sie-erlebt-351646.html>)

Volkswirtschaftlich hat sich die Vertiefung von Flüssen für den Überseehandel bisher als riesiges Minusgeschäft erwiesen. Weltwirtschaftliche Entwicklungen von Schiffsgrößen, Fahrwegen oder Zielhäfen sind durch Flussvertiefungen nicht in einem Maß beeinflussbar, das den großen Häfen weiterhelfen würde. 2024 haben 92% der Containerschiffe nach Bremerhaven vorher bereits andere Häfen angelaufen und sind nicht mehr voll beladen. Im Jahr 2023 hat kein einziges Schiff den möglichen Tiefgang in Bremerhaven ausgenutzt, der heute schon die Hamburger Möglichkeiten übertrifft. Die letzte Elbvertiefung zeigte die naturräumlichen Grenzen mit einer Vervielfachung von Schlickmengen und Folgekosten auf. Die angestrebte Tiefe kann auch unter Aufbietung aller greifbaren Baggerkapazitäten kaum gehalten werden. Dagegen hat die Elbmündung in den letzten 10 Jahren 90% ihres Fischbestandes verloren. Jedes Schiff nach oder von Hamburg mit zusätzlichem Tiefgang wurde in den letzten Jahren durch die Elbvertiefung mit der Wahnsinnssumme von 1,25 Mio € gefördert.

(siehe: verlinkte Studien auf <https://www.bund-bremen.net/weser-und-nordsee/weservertiefung/> und <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/langzeitstudie-90-prozent-weniger-fische-in-der-elbmuendung,elbe-140.html>)

Folgeschäden gibt es auch von den Emsvertiefungen. Die Tideems ist biologisch quasi tot mit Sauerstoffmangel auf breiter Ebene und einer hohen Schlickbelastung. **Dass Bundeskanzler Merz und Sie, Herr Lies, sich auf der Maritimen Konferenz in Emden für schnelle weitere Vertiefungen von Ems und Weser ausgesprochen haben, macht diese nicht besser oder verträglicher, sondern belastet die Flüsse und Regionen mit neuen Schäden und unseren Staat auf Jahrzehnte hinaus mit neuen Kosten.**

(siehe: https://www.nwzonline.de/region/tempo-beim-ausbau-der-haefen-kanzler-merz-sagt-in-emden-unterstuetzung-beim-vertiefung-von-ems-und-weser-zu_a_4,3,354111769.html)

Unsere Seehäfen wären volks- wie einzelwirtschaftlich dringend auf eine bundesweite, besser EU-weite Koordination ihrer Stärken, Schwerpunkte und Infrastruktur angewiesen. Die grundgesetzlich festgelegte Verantwortung der Bundesländer für die Seehäfen halten wir für hochproblematisch und im heutigen Welthandel anachronistisch. **Dass die Bundesländer in Konkurrenz um Gelder für den Ausbau ihrer jeweiligen Flüsse stehen, belastet Ökologie wie Ökonomie gleichermaßen, ohne damit gesamtwirtschaftlichen Nutzen zu erreichen.** Andersherum wären die Häfen und ihre Standorte besser aufgestellt, wenn der Bund sie langfristig koordinieren, finanzieren und fördern würde. Die Flusshäfen der deutschen Nordseeküste werden aufgrund ihrer geografischen Lage nie mit dem Rotterdamer

Tiefgang konkurrieren können. Die für Bremerhaven geplanten Verladungen von Offshore-Windkraft oder Militärgütern bräuchten keine tiefere Weser. Für Containerfracht ist Bremerhaven im Gegensatz zu Hamburg vorwiegend kein Verarbeitungs-, sondern ein Verladehafen. Durch diesen Standortvorteil könnten die wenigen Schiffe mit entsprechendem Tiefgang stattdessen den Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven anlaufen, der immer noch Kapazitäten frei hat und an dem das Land Bremen beteiligt ist.

Wir wünschen dem Bremerhavener Hafen von ganzem Herzen eine blühende Zukunft. Allerdings halten wir es für einen psychologischen Trick und letztlich Täuschung der Bremerhavener Bevölkerung, ihre Hoffnungen auf eine Weservertiefung zu lenken, die sich dadurch absehbar nicht erfüllen werden.

Die letzte Vertiefung der Weser in den Jahren 1998ff. war "nur" eine Außenweser-, keine Unterweser-Vertiefung. Die Folgen für Tidenhub und Erosion, Verschlickung und Versalzung sind aber bis Bremen und in die Nebenflüsse hinein spürbar. **Außen- und Unterweser sind in ihrem Naturraum untrennbar verbunden, ein Verzicht auf eine der Vertiefungen ist von ihren Folgewirkungen her nicht hinreichend, eine küstenschutz- und naturverträgliche oder kostenneutrale Ausgestaltung ist nicht möglich.**

Unsere Schäden sind auch Schäden für die Länder Niedersachsen und Bremen. Sie stehen in der Pflicht, in allen Landesteilen für Wasser von sinnvoller Qualität zu sorgen und die Küsten und Landschaften zu sichern. **Wir verstehen nicht, warum die Länder sich für die Zukunft eine derartige Hypothek auferlegen möchten, die schon jetzt Riesenanstrengungen zur Bewältigung erfordert.**

Wir haben als Region bemerkt, dass je höher die politische Ebene, umso höher auch die Zustimmung zur Weservertiefung. Frühere Ministerpräsidenten hatten das Thema spürbar inhaltlich nicht durchdrungen. **Herr Lies, Herr Bovenschulte, Herr Günther, Herr Ploß, Sie alle kommen aus unserer Gegend, Ihnen ist die Problematik sehr wohl bekannt. Ein Fortführen vorangegangener Entscheidungen oder Druck zwischen Bund, Bundesländern und Reedereien darf keine Grundlage aktueller Entscheidungen sein. Sachlich begründet kann eine verantwortliche Position heute nur lauten: Keine weiteren Weservertiefungen!**

6

Wir bitten Sie daher inständig:

Setzen Sie sich für unsere Region und gegen alle weiteren Weservertiefungen ein!

Sichern Sie unser Leben, Küsten und Landschaften - lehnen Sie das Infrastruktur Zukunftsgesetz in seiner bisherigen Form ab!

Vermeiden Sie volkswirtschaftliche Verschwendung und Hypotheken für die Zukunft von Bund und Ländern - setzen Sie sich stattdessen für die Bewältigung der bisherigen Schäden ein!

Herzliche Einladung zum Gespräch - bitte nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

Mit freundlichen Grüßen,

Das Aktionsbündnis gegen die Weservertiefung